

Thurgauer Tagblatt

Ämtliche Bekanntmachungen · Publikationsorgan für den Kanton Thurgau und angrenzende Kantone · Druck und Verlag: Berner S

Abonnementspreise: Abgeholt oder durch Verträger bezogen: Monatlich Fr. 2.10, vierteljährlich Fr. 6.25, halbjährlich Fr. 12.30, für ein ganzes Jahr Fr. 24.— Postcheck-Konto VIII c 105 Erscheint jeden Werktag (wöchentlich 6mal) Wöchentlich: Die Seite der Frau Zweimonatliche Beilage: Weinfelder Heimatblätter

Insertionspreise: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum: Land 17 Rp. Kellame-Millimeterzeile 35 Rp. Inseratannahme: und Auslands. Annahmeschluss: 8 Uhr. Telefon: Inserate und

Weinfelden, Montag, 30. Juli 1951

Nr. 176

Die politische Haltung Karl Barths

Eine Publikation der Berner Regierung

Der nachfolgende Artikel wird von der Schweiz. Politischen Korrespondenz (früher Mittelpresse) in Bern verbreitet. Der Abdruck erfolgt unter dem Vorbehalt der Stellungnahme in einer der nächsten Nummern unseres Blattes. Die Red.

Der Richtungsstreit innerhalb der protestantischen Kirche hat im Verlaufe der letzten Jahre zu einer Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat im Kanton Bern bzw. zwischen einzelnen Exponenten der theologischen Schule Karl Barths und dem bernischen Kirchendirektor, Regierungsrat Feldmann a n n, geführt, der im ganzen Schweizerlande und wohl darüber hinaus größte Beachtung fand. Vor das Forum der Öffentlichkeit gelangte der Konflikt erstmals, als im Verwaltungsbericht der bernischen Kirchendirektion für 1949 das mangelnde Interesse gewisser kirchlicher Kreise an unserer demokratischen Staatsform festgestellt wurde. Der betreffende Passus löste verschiedene parlamentarische Anfragen aus, auf die Regierungsrat Feldmann im September 1950 näher eintrat. Seine Erklärungen riefen Prof. Karl Barth auf den Plan, der vom Kirchendirektor eine Aussprache verlangte. Der Kirchendirektor ging darauf ein, wünschte jedoch vorher die schriftliche Fixierung der Fragen, die besprochen werden sollten, woraus sich dann ein Briefwechsel zwischen den beiden Parteien ergab, der nun von der bernischen Staatskanzlei mit anderen Schreiben ungekürzt in einer 75seitigen Broschüre veröffentlicht worden ist.

Diese Dokumentensammlung und namentlich ein darin enthaltener Brief von Regierungsrat Feldmann, der auf 39 Seiten eine gründliche und umfassende Abrechnung mit der zweideutigen Haltung der positivistischen Richtung Karl Barths darstellt, verdient weiteste Verbreitung, befaßt sie sich doch mit Dingen, die jeden Christen gleichermaßen wie jeden um das Wohl seines Landes besorgten schweizerischen Staatsbürger zutiefst angehen. Wir müssen leider darauf verzichten, hier auf die Auseinandersetzungen über die Intoleranz der „Barthianer“, über ihre Stellungnahme zur schweizerischen Wehrbereitschaft und zu sozialen Fragen einzugehen und zitieren einstweilen lediglich den Abschnitt aus dem erwähnten langen Brief Feldmanns zur Stellung der Kirche gegenüber dem demokratischen Staat. Feldmann beruft sich hier auf Karl Barths Schrift „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ und schreibt unter anderem (Auszeichnungen von Regierungsrat Feldmann):

„Auf Seite 15 Ihrer Schrift lehnen Sie es ab, das „demokratische“ Konzept als das christliche gegen alle andern auszuspielen; an anderen Stellen (Seite 28) betonen Sie dann doch wieder: „Der mündige Christ kann nur ein mündiger Bürger sein wollen und er kann auch seinen Mitbürgern nur zumuten, als mündige Menschen zu existieren.“ Das ist das christliche Bekenntnis zur Demokratie, welches Sie auf Seite 15 Ihrer Schrift ausdrücklich ablehnen. Wenn Sie (Seiten 26, 30 und 31 Ihrer Schrift) die „Tyrannei“ im Prinzip ablehnen, weshalb denn auf Seite 28 und 36 die gedankliche Spielerei mit der Diktatur? Jede Diktatur ist in ihrem Wesen nach Tyrannei; man kann doch wohl kaum gleichzeitig die Staatsform der Tyrannei ablehnen und dann doch wieder die Auffassung vertreten, daß

politischen Lebens: keinesfalls seine konstitutiven Elemente, vielleicht von jeher krankhafte, auf jeden Fall nur sekundäre Erscheinungen“. Sind Sie sich der Tatsache bewußt, daß eine wirklich freiheitlich organisierte und nach freiheitlichen Grundsätzen geführte Demokratie ohne die Existenz verschiedener politischer Parteien überhaupt nicht bestehen kann? Was soll nach Ihrer Meinung an die Stelle der Parteien treten: Ein parteienstaat? — Dann wären wir wieder bei Ihrer Auffassung angelangt, daß auch die Diktatur einen „rechten“ Staat darstellen könne — oder ein Nein parteienstaat — wie denken Sie sich in diesem Falle die Lösung der Aufgabe, welche heute die politischen Parteien in der politischen Aufklärung der Bürgerschaft, in der Stellungnahme zu Wahlen und Abstimmungen erfüllen? Die politischen Parteien sind an und für sich als Institutionen weder fragwürdige noch krankhafte Erscheinungen des politischen Lebens, sondern sie sind die notwendigen Instrumente der Meinungsbildung, Meinungsäußerung und Willensbildung in jeder Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient. Es gibt auch in dieser Beziehung nun eben kein „vielleicht, vielleicht auch nicht“ oder „sowohl — als auch“, sondern es gibt nur ein klares Entweder—Oder: wer Ja sagt zur freiheitlichen, demokratischen Staatsform, muß auch ja sagen zum Bestehen verschiedener politischer Parteien und kann sie jedenfalls nicht als fragwürdige oder gar krankhafte Erscheinungen unseres politischen Lebens betrachten; wer die Existenzberechtigung der politischen Parteien verneint, sagt damit auch Nein zur Staatsform der Demokratie. Daß heute mit führenden Vertretern der Kirche über derart elementare staatspolitische Grunderkenntnisse überhaupt Auseinandersetzungen stattfinden müssen, ist jedenfalls ein weiteres untrügliches Anzeichen für die kaum mehr zu verantwortende „Distanz“, mit welcher Ihnen nahestehende kirchliche Kreise fundamentalen Existenzbedingungen unseres Volksstaates gegenüberstehen.

Es war unter solchen Umständen doch wirklich nicht übertrieben, wenn der letzte Verwaltungsbericht der Kirchendirektion andeutete, „daß in gewissen kirchlichen Kreisen wenig Interesse an unserer demokratischen Staatsform besteht“. Ich lasse die Frage offen, ob und in welchem Maße dieses Desinteresse mit einem Grundzug Ihrer Theologie zusammenhängt, die, wenn ich sie richtig verstehe, dem Menschen im Prinzip überhaupt nichts Rechtes zutraut, sondern ihn als verworfen, grundverdorben und verloren betrachtet. Es darf und muß einmal von einem Vertreter eines demokratischen Staates aus gesagt werden: mit Menschen, die sich jeden Tag von neuem ihre absolute Minderwertigkeit und Nichtswürdigkeit, ihre abgrundtiefe Verdorbenheit und hoffnungslose Verlorenheit bescheinigen lassen, baut und führt man keine Demokratie; die freiheitliche Staatsform ist darauf angewiesen, an gute Kräfte im Menschen zu appellieren: mit der prinzipiellen Geringschätzung des Menschen, mit der Regierung seines guten Willens schafft man „Menschenmaterial“ für die Diktatur und keine Träger einer Demokratie.

Was verspricht man sich eigentlich für die praktischen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche von Zweideutigkeiten in der Einstellung zur demokratischen Staatsform? Müßte es gerade vom kirchlichen Standpunkt aus nicht ungleich näher liegen, die demokratische Staatsform als Institution bewußt und positiv zu bejahen in der Erkenntnis der Tatsache, daß nun einmal keine andere Staatsform der Kirche die gleichen Möglichkeiten gewährt, auch gegenüber dem Staat und seinen Behörden überhaupt zum

hören“) Rechnung tragen müssen; Sie und die von Ihnen geschaffene und geführte theologische Richtung scheinen mehr dem Grundsatz zu huldigen „tacet altera pars“ („Der andere hat zu schweigen“). Sollte ich noch einmal in den Fall kommen, vor dem Großen Rat oder in einer weiteren Öffentlichkeit über staatspolitische Unklarheit und richtungspolitische Machtansprüche innerhalb der Evangelisch-reformierten Landeskirche zu sprechen, so müßte ich nach allem, was heute vorliegt, noch um ein ganz erhebliches Stück deutlicher reden, als ich es am 13. September 1950 getan habe.“

„Die grünen Teufel“

Braunschweig, 29. Juli.

In einem Bierrestaurant in Braunschweig versammelten sich am Sonntag rund 4000 ehemalige Angehörige des einst von General Ramde befehligten deutschen Fallschirmjägerkorps. Der einstige Chef erschien in einer Khaki-Uniform, von der allerdings die Ordonnanzknöpfe entfernt waren. Seine — wie sie sich selbst nennen — „grünen Teufel“ bereiteten ihm einen begeisterten Empfang und trugen ihn auf den Schultern durch das Bierlokal. Überall waren Photographien und Gemälde, die „Einsätze“ der Fallschirmjäger zeigten, sowie die Insignien des Korps angebracht. Hauptredner der Veranstaltung war der in Frankreich wegen Kriegsverbrechen verurteilte, später aber freigelassene General Ramde. Auf einen neben ihm leer stehenden Stuhl legte er einen Kranz nieder, wozu er erklärte: „Dieser Stuhl hier ist für Albert Kesselring (deutscher Oberbefehlshaber in Italien und später an der Westfront) bestimmt. Er gehört nicht ins Gefängnis, sondern hierher mitten unter uns.“

Schließlich faßten die „grünen Teufel“ eine Resolution, in der sie erklärten, nicht für den Westen kämpfen zu wollen, solange Kesselring, Raeder, Neurath, Doenitz und andere Hauptkriegsverbrecher nicht freigelassen würden. Die Zuhörer drängten sich nahe an Ramde heran, klatschten immer wieder Beifall und brachen bei der Erwähnung der Kriegsverbrecher jedesmal in ein wildes Geheul aus. Die viertausend „grünen Teufel“ verharrten dann in Achtungshaltung und sangen die erste Strophe des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“.

„Veteranen des Afrikakorps“

Iserlohn (Westfalen), 29. Juli. In Iserlohn gründeten die Deutschen, die unter Feldmarschall Rommel in Afrika gelämpft hatten, am Sonntag die „Vereinigung der Veteranen des Afrikakorps“. Als Ziel schwebt der Vereinigung u. a. vor: Festigung und Förderung der Tradition der grundsätzlichen militärischen Tugenden der Tapferkeit, der Kameradschaft und der Zuverlässigkeit.

Deutsche Luftschutzräume

Bonn, 28. Juli. Vertreter der Westmächte und deutsche Sachverständige hatten eine Unterredung bezüglich der Wiederinstandstellung der alten Luftschutzräume aus dem zweiten Weltkrieg.

Rücktritt der griechischen Regierung

Athen, 29. Juli.

Die Regierung des liberalen Ministerpräsidenten Benizelos ist zurückgetreten, gemäß dem von Benizelos angebotenen Verbrechen nach Verab-

In Portugal sind die Einrungspart Craveiro region hervorgetreten

Waffen

In Raed verhand Weder am Verhandlungsschritte gering geworden soll. Die Breitengrad tion den h sonst ihre geben und

Auswe

Die Reg gen angebl lenden Erz weisen und nahme wird nac ein „M mehr mit Damit f der Tito- nelles Ende offensichtlich Tito-Romm Angebot a tyrrers unter Land nicht der Machtf Renition d

Thurgauer Tagblatt

32

Publikationsorgan für den Kanton Thurgau und angrenzende Kantone · Druck und Verlag: Werner Schlaepfer & Söhne, Weinfelden

Abnehmer bezogen: Monatlich Fr. 2.10, vierteljährlich Fr. 6.25, 24.— Postcheck-Konto VIII c 105 Erscheint jeden Werktag
r Frau Zweimonatliche Beilage: Weinfelder Heimatblätter

Insertionspreise: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum: Kt. Thurgau 11 Rp., Schweiz 14 Rp., Ausland 17 Rp. Reklame-Millimeterzeile 35 Rp. Inseratannahme: Sämtliche Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahmefluß: 8 Uhr. Telephon: Inserate und Abonnemente 5 10 71/72, Redaktion 5 10 72

Nr. 176

123. Jahrgang

politischen Lebens: keinesfalls seine konstitutiven Elemente, vielleicht von jeher krankhafte, auf jeden Fall nur sekundäre Erscheinungen". Sind Sie sich der Tatsache bewusst, daß eine wirklich freiheitlich organisierte und nach freiheitlichen Grundsätzen geführte Demokratie ohne die Existenz verschiedener politischer Parteien überhaupt nicht bestehen kann? Was soll nach Ihrer Meinung an die Stelle der Parteien treten: Ein parteienstaat? — Dann wären wir wieder bei Ihrer Auffassung angelangt, daß auch die Diktatur einen „rechten“ Staat darstellen könne — oder ein Kei n parteienstaat — wie denken Sie sich in diesem Falle die Lösung der Aufgabe, welche heute die politischen Parteien in der politischen Aufklärung der Bürgerchaft, in der Stellungnahme zu Wahlen und Abstimmungen erfüllen? Die politischen Parteien sind an und für sich als Institutionen weder fragwürdige noch krankhafte Erscheinungen des politischen Lebens, sondern sie sind die notwendigen Instrumente der Meinungsbildung, Meinungsäußerung und Willensbildung in jeder Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient. Es gibt auch in dieser Beziehung nun eben kein „vielleicht“, vielleicht auch nicht „oder“, „sowohl — als auch“, sondern es gibt nur ein klares Entweder—Oder: wer Ja sagt zur freiheitlichen, demokratischen Staatsform, muß auch ja sagen zum Bestehen verschiedener politischer Parteien und kann sie jedenfalls nicht als fragwürdige oder gar krankhafte Erscheinungen unseres politischen Lebens betrachten; wer die Existenzberechtigung der politischen Parteien verneint, sagt damit auch Nein zur Staatsform der Demokratie. Daß heute mit führenden Vertretern der Kirche über derart elementare staatspolitische Grunderkenntnisse überhaupt Auseinandersetzungen stattfinden müssen, ist jedenfalls ein weiteres untrügliches Anzeichen für die kaum mehr zu verantwortende „Distanz“, mit welcher Ihnen nahestehende kirchliche Kreise fundamentalen Existenzbedingungen unseres Volksstaates gegenüberstehen.

Es war unter solchen Umständen doch wirklich nicht übertrieben, wenn der letzte Verwaltungsbericht der Kirchendirektion andeutete, „daß in gewissen kirchlichen Kreisen wenig Interesse an unserer demokratischen Staatsform besteht“. Ich lasse die Frage offen, ob und in welchem Maße dieses Desinteresse mit einem Grundzug Ihrer Theologie zusammenhängt, die, wenn ich sie richtig verstehe, dem Menschen im Prinzip überhaupt nichts Rechtes zutraut, sondern ihn als verworfen, grundverdorben und verloren betrachtet. Es darf und muß einmal von einem Vertreter eines demokratischen Staates aus gesagt werden: mit Menschen, die sich jeden Tag von neuem ihre absolute Mindernertigkeit und Nichtswürdigkeit, ihre abgrundtiefe Verdorbenheit und hoffnungslose Verlorenheit bekennen lassen, baut und führt man keine Demokratie; die freiheitliche Staatsform ist darauf angewiesen, an gute Kräfte im Menschen zu appellieren: mit der prinzipiellen Geringschätzung des Menschen, mit der Regierung seines guten Willens schafft man „Menschenmaterial“ für die Diktatur und keine Träger einer Demokratie.

Was verspricht man sich eigentlich für die praktischen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche von Zweideutigkeiten in der Einstellung zur demokratischen Staatsform? Müßte es gerade vom kirchlichen Standpunkt aus nicht ungleich näher liegen, die demokratische Staatsform als Institution bewußt und positiv zu bejahen in der Erkenntnis der Tatsache, daß nun einmal keine andere Staatsform der Kirche die gleichen Möglichkeiten gewährt, auch gegenüber dem Staat und seinen Angehörigen überhaupt zum

hören“) Rechnung tragen müssen; Sie und die von Ihnen geschaffene und geführte theologische Richtung scheinen mehr dem Grundsatz zu huldigen „taceat altera pars“ („Der andere hat zu schweigen“). Sollte ich noch einmal in den Fall kommen, vor dem Großen Rat oder in einer weiteren Öffentlichkeit über staatspolitische Unklarheit und richtungspolitische Machtansprüche innerhalb der Evangelisch-reformierten Landeskirche zu sprechen, so müßte ich nach allem, was heute vorliegt, noch um ein ganz erhebliches Stück deutlicher reden, als ich es am 13. September 1950 getan habe.“

„Die grünen Teufel“

Braunschweig, 29. Juli.

In einem Bierrestaurant in Braunschweig versammelten sich am Sonntag rund 4000 ehemalige Angehörige des einst von General Ramde befehligten deutschen Fallschirmjägerkorps. Der einstige Chef erschien in einer Khaki-Uniform, von der allerdings die Ordonanzknöpfe entfernt waren. Seine — wie sie sich selbst nennen — „grünen Teufel“ bereiteten ihm einen begeisterten Empfang und trugen ihn auf den Schultern durch das Bierlokal. Überall waren Photographien und Gemälde, die „Einsätze“ der Fallschirmjäger zeigten, sowie die Insignien des Korps angebracht. Hauptredner der Veranstaltung war der in Frankreich wegen Kriegsverbrechen verurteilte, später aber freigelassene General Ramde. Auf einen neben ihm leer stehenden Stuhl legte er einen Kranz nieder, wozu er erklärte: „Dieser Stuhl hier ist für Albert Kesselring (deutscher Oberbefehlshaber in Italien und später an der Westfront) bestimmt. Er gehört nicht ins Gefängnis, sondern hierher mitten unter uns.“

Schließlich faßten die „grünen Teufel“ eine Resolution, in der sie erklärten, nicht für den Westen kämpfen zu wollen, solange Kesselring, Raeder, Neurath, Dönitz und andere Hauptkriegsverbrecher nicht freigelassen würden. Die Zuhörer drängten sich nahe an Ramde heran, klatschten immer wieder Beifall und brachen bei der Erwähnung der Kriegsverbrecher jedesmal in ein wildes Geheul aus. Die viertausend „grünen Teufel“ verharteten dann in Achtungselbstachtung und sangen die erste Strophe des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“.

„Veteranen des Afrikatorps“

Iserlohn (Westfalen), 29. Juli. In Iserlohn gründeten die Deutschen, die unter Feldmarschall Rommel in Afrika gekämpft hatten, am Sonntag die „Vereinigung der Veteranen des Afrikatorps“. Als Ziel schwebt der Vereinigung u. a. vor: Festigung und Förderung der Tradition der grundsätzlichen militärischen Tugenden der Tapferkeit, der Kameradschaft und der Zuverlässigkeit.

Deutsche Luftschutzbäume

Bonn, 28. Juli. Vertreter der Westmächte und deutsche Sachverständige hatten eine Unterredung bezüglich der Wiederinstandstellung der alten Luftschutzbäume aus dem zweiten Weltkrieg.

Rücktritt der griechischen Regierung

Athen, 29. Juli.

Die Regierung des liberalen Ministerpräsidenten Benizelos ist zurückgetreten, gemäß dem von Benizelos gegebenen Versprechen, nach Berat-



Portugals neuer Staatspräsident

In Portugal und seinen überseeischen Besitzungen sind die Präsidentschaftswahlen durchgeführt worden. Einziger Kandidat war der von der Regierungspartei nominierte, General Francisco Higinio Craveiro Lopez, Kommandant der dritten Militärregion von Tomar. Der bis jetzt politisch nicht hervorgetretene General Lopez ist der Sohn eines früheren Generalgouverneurs von Portugiesisch-Indien.

Uneinigkeit über die Waffenstillstandsgrenze in Korea

Tokio, 29. Juli

In Kaesong sind die Waffenstillstandsverhandlungen wieder festgefahren. Weder am Samstag noch nach den fünfständigen Verhandlungen vom Sonntag konnten Fortschritte gemeldet werden. Man ist sich nicht einig geworden, wo die neutrale Zone verlaufen soll. Die Kommunisten wollen sie längs des 38. Breitengrades haben, während die UNO-Delegation den heutigen Frontverlauf vorschlägt, da sonst ihre Truppen die guten Stellungen aufzugeben und weiter zurückzugehen hätten.

Ausweisung Erzbischof Stepinacs

Belgrad, 29. Juli.

Die Regierung Tito hat beschlossen, den wegen angeblichem Landesverrat im Gefängnis weilenden Erzbischof Stepinac des Landes zu verweisen und an die Grenze zu stellen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß Msgr. Stepinac ein „Untertan des Vatikans“ sei und nichts mehr mit Jugoslawien zu tun habe.

Damit findet eine Tragödie im Kirchenkampf der Tito-Kommunisten ein unerwartet-sensationelles Ende. Nachdem der Vatikan auf ein — offensichtlich im Zeichen der Annäherung des Tito-Kommunismus an den Westen erfolgtes — Angebot auf Freilassung des kroatischen Märtyrers unter der Bedingung der Austreibung aus dem Land nicht eingetreten war, verfügen die Belgrader Machthaber diese Lösung nun einseitig. Eine Revision des ungerichteten Urteils wird damit nicht

Eine Publikation der Berner Regierung

Der nachfolgende Artikel wird von der Schweiz. Politischen Korrespondenz (früher Mittelpresse) in Bern verbreitet. Der Abdruck erfolgt unter dem Vorbehalt der Stellungnahme in einer der nächsten Nummern unseres Blattes. Die Red.

Der Richtungsstreit innerhalb der protestantischen Kirche hat im Verlaufe der letzten Jahre zu einer Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat im Kanton Bern bzw. zwischen einzelnen Exponenten der theologischen Schule Karl Barth's und dem bernischen Kirchendirektor, Regierungsrat Feldmann, geführt, der in ganzen Schweizerlande und wohl darüber hinaus größte Beachtung fand. Vor das Forum der Öffentlichkeit gelangte der Konflikt erstmals, als im Verwaltungsbericht der bernischen Kirchendirektion für 1949 das mangelnde Interesse gewisser kirchlicher Kreise an unserer demokratischen Staatsform festgestellt wurde. Der betreffende Passus löste verschiedene parlamentarische Anfragen aus, auf die Regierungsrat Feldmann im September 1950 näher eintrat. Seine Erklärungen riefen Prof. Karl Barth auf den Plan, der vom Kirchendirektor eine Aussprache verlangte. Der Kirchendirektor ging darauf ein, wünschte jedoch vorher die schriftliche Fixierung der Fragen, die besprochen werden sollten, woraus sich dann ein Briefwechsel zwischen den beiden Parteien ergab, der nun von der bernischen Staatskanzlei mit anderen Schreiben umgefürzt in einer 75seitigen Broschüre veröffentlicht worden ist.

Diese Dokumentensammlung und namentlich ein darin enthaltener Brief von Regierungsrat Feldmann, der auf 39 Seiten eine gründliche und umfassende Abrechnung mit der zweideutigen Haltung der positivistischen Richtung Karl Barth's darstellt, verdient weiteste Verbreitung, befaßt sie sich doch mit Dingen, die jeden Christen gleichermaßen wie jeden um das Wohl seines Landes besorgten schweizerischen Staatsbürger zutiefst angehen. Wir müssen leider darauf verzichten, hier auf die Auseinandersetzungen über die Intoleranz der „Barthianer“, über ihre Stellungnahme zur schweizerischen Beharrlichkeit und zu sozialen Fragen einzugehen und zitieren einstweilen lediglich den Abschnitt aus dem erwähnten langen Brief Feldmanns zur Stellung der Kirche gegenüber dem demokratischen Staat. Feldmann beruft sich hier auf Karl Barth's Schrift „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ und schreibt unter anderem (Auszeichnungen von Regierungsrat Feldmann):

„Auf Seite 15 Ihrer Schrift lehnen Sie es ab, das „demokratische“ Konzept als das christliche gegen alle andern auszuspielen; an anderen Stellen (Seite 28) betonen Sie dann doch wieder: „Der mündige Christ kann nur ein mündiger Bürger sein wollen und er kann auch seinen Mitbürgern nur zumuten, als mündige Menschen zu existieren.“ Das ist das christliche Bekenntnis zur Demokratie, welches Sie auf Seite 15 Ihrer Schrift ausdrücklich ablehnen. Wenn Sie (Seiten 26, 30 und 31 Ihrer Schrift) die „Tyrannei“ im Prinzip ablehnen, weshalb denn auf Seite 28 und 36 die gedankliche Spielerei mit der Diktatur? Jede Diktatur ist in ihrem Wesen nach Tyrannei; man kann doch wohl kaum gleichzeitig die Staatsform der Tyrannei ablehnen und dann doch wieder die Auffassung vertreten, daß der rechte Staat gelegentlich sogar die Gestalt der Diktatur tragen könne, wie Sie es auf Seite 36 tun.“

„Die Diktatur ist die Tyrannei, welche Sie im Prinzip verwerfen; die Tyrannei ist die Diktatur, deren Berechtigung Sie im Prinzip anerkennen. Das sind unlösbare Widersprüche. Man kann nicht als recht ansehen, was man verwirft. Wie soll man sich diese seltsamen Widersprüche erklären? Entspringen sie nicht dem Wunsch, sich nach keiner Seite hin festzulegen oder behaften zu lassen? Gält man auf diese Weise nicht einfach „für alle Fälle“ und „für jeden etwas“ bereit?

Sei dem, wie es sei: die heutige Zeit verlangt jedenfalls eine klare Stellungnahme zu den freiheitlichen demokratischen Staatsgrundlagen von einer Kirche, die eine von einem freiheitlichen, demokratischen Staate anerkannte Landeskirche sein will. Mit dem Willen unseres Volkes, seine Freiheit zu wahren und zu verteidigen, hat auch eine Landeskirche zu rechnen, will sie nicht jeden Einfluß auf den Gang der politischen Entwicklung verlieren. Unklarheit und Inkonsequenz in der Stellungnahme zu den Existenzgrundlagen der Demokratie zeigt sich besonders deutlich auch in Ihrem seltsamen Urteil über die politischen Parteien, bezeichnen Sie doch auf Seite 37 Ihrer Schrift die politischen Parteien expressis verbis als „eines der fragwürdigsten Phänomene des

reg organisierte und nach pregentischen Organisations geführte Demokratie ohne die Existenz verschiedener politischer Parteien überhaupt nicht bestehen kann? Was soll nach Ihrer Meinung an die Stelle der Parteien treten: Ein parteienstaat? — Dann wären wir wieder bei Ihrer Auffassung angelangt, daß auch die Diktatur einen „rechten“ Staat darstellen könne — oder ein Parteiensstaat — wie denken Sie sich in diesem Falle die Lösung der Aufgabe, welche heute die politischen Parteien in der politischen Aufklärung der Bürgerchaft, in der Stellungnahme zu Wahlen und Abstimmungen erfüllen? Die politischen Parteien sind an und für sich als Institutionen weder fragwürdige noch krankhafte Erscheinungen des politischen Lebens, sondern sie sind die notwendigen Instrumente der Meinungsbildung, Meinungsäußerung und Willensbildung in jeder Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient. Es gibt auch in dieser Beziehung nur eben kein „vielleicht, vielleicht auch nicht“ oder „sowohl — als auch“, sondern es gibt nur ein klares Entweder—Oder: wer Ja sagt zur freiheitlichen, demokratischen Staatsform, muß auch ja sagen zum Bestehen verschiedener politischer Parteien und kann sie jedenfalls nicht als fragwürdige oder gar krankhafte Erscheinungen unseres politischen Lebens betrachten; wer die Existenzberechtigung der politischen Parteien verneint, sagt damit auch Nein zur Staatsform der Demokratie. Daß heute mit führenden Vertretern der Kirche über derart elementare staatspolitische Grundkenntnisse überhaupt Auseinandersetzungen stattfinden müssen, ist jedenfalls ein weiteres untrügliches Anzeichen für die kaum mehr zu verantwortende „Distanz“, mit welcher Ihnen nahestehende kirchliche Kreise fundamentalen Existenzbedingungen unseres Volksstaates gegenüberstehen.

Es war unter solchen Umständen doch wirklich nicht übertrieben, wenn der letzte Verwaltungsbericht der Kirchendirektion andeutete, „daß in gewissen kirchlichen Kreisen wenig Interesse an unserer demokratischen Staatsform besteht“. Ich lasse die Frage offen, ob und in welchem Maße dieses Desinteresse mit einem Grundzug Ihrer Theologie zusammenhängt, die, wenn ich sie richtig verstehe, dem Menschen im Prinzip überhaupt nichts Rechtes zutraut, sondern ihn als verworfen, grundverdorben und verloren betrachtet. Es darf und muß einmal von einem Vertreter eines demokratischen Staates aus gesagt werden: mit Menschen, die sich jeden Tag von neuem ihre absolute Minderwertigkeit und Nichtswürdigkeit, ihre abgrundtiefe Verdorbenheit und hoffnungslose Verlorenheit bescheinigen lassen, baut und führt man keine Demokratie; die freiheitliche Staatsform ist darauf angewiesen, an gute Kräfte im Menschen zu appellieren: mit der prinzipiellen Geringschätzung des Menschen, mit der Regierung seines guten Willens schafft man „Menschenmaterial“ für die Diktatur und keine Träger einer Demokratie.

Was verspricht man sich eigentlich für die praktischen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche von Zweideutigkeiten in der Einstellung zur demokratischen Staatsform? Müßte es gerade vom kirchlichen Standpunkt aus nicht ungleich näher liegen, die demokratische Staatsform als Institution bewußt und positiv zu bejahen in der Erkenntnis der Tatsache, daß nun einmal keine andere Staatsform der Kirche die gleichen Möglichkeiten gewährt, auch gegenüber dem Staat und seinen Behörden überhaupt zum Wort zu kommen und gehört zu werden? Sie selbst verweisen ja auf Seite 36 Ihrer Schrift auf die „Affinität zwischen Christengemeinde und der Bürgergemeinde der freien Völker“. Es besteht ja doch wohl nicht nur eine „Affinität“, sondern ein tatsächlicher, und zwar sehr bedeutungsvoller Zusammenhang zwischen einer Staatsform, die den einzelnen Bürger immer wieder unter seiner Verantwortung zur Entscheidung aufruft und einer religiösen Auffassung, die, wie Sie selbst auf Seite 28 Ihrer Schrift hervorheben, ihrerseits den Menschen vor seine Verantwortung stellt.“

Nach diesen Ausführungen zog Barth seinen Vorschlag einer persönlichen Aussprache zurück, ohne überhaupt noch auf die Argumente Feldmanns einzugehen, worauf dieser seinerseits das Scheitern des Meinungs austausches feststellte und daran die nachstehenden Schlußfolgerungen knüpfte:

„Einmal mehr, und zwar besonders deutlich beweist dieser Briefwechsel in seinen Ursachen, seinem Verlauf und seinen Ergebnissen, daß die Form, in welcher eine Evangelisch-reformierte Landeskirche sich innerhalb eines wirklichen freien Volksstaates wirksam Gehör verschaffen kann, erst noch gefunden werden muß. Will die Kirche im politischen Leben ernst genommen werden, wird auch sie dem Grundsatz „audiatur et altera pars“ („Laß auch den andern

Sprache ich noch einmal in den Jahren kommen, vor dem Großen Rat oder in einer weiteren Öffentlichkeit über staatspolitische Unklarheit und richtungspolitische Machtansprüche innerhalb der Evangelisch-reformierten Landeskirche zu sprechen, so müßte ich nach allem, was heute vorliegt, noch um ein ganz erhebliches Stück deutlicher reden, als ich es am 13. September 1950 getan habe.“

„Die grünen Teufel“

Braunschweig, 29. Juli.

In einem Bierrestaurant in Braunschweig versammelten sich am Sonntag rund 4000 ehemalige Angehörige des einst von General Ramde befehligten deutschen Fallschirmjägerkorps. Der einstige Chef erschien in einer Khaki-Uniform, von der allerdings die Ordnonanzknöpfe entfernt waren. Seine — wie sie sich selbst nennen — „grünen Teufel“ bereiteten ihm einen begeisterten Empfang und trugen ihn auf den Schultern durch das Bierlokal. Überall waren Photographien und Gemälde, die „Einsätze“ der Fallschirmjäger zeigten, sowie die Insignien des Korps angebracht. Hauptredner der Veranstaltung war der in Frankreich wegen Kriegsverbrechen verurteilte, später aber freigelassene General Ramde. Auf einen neben ihm leer stehenden Stuhl legte er einen Kranz nieder, wozu er erklärte: „Dieser Stuhl hier ist für Albert Kesselring (deutscher Oberbefehlshaber in Italien und später an der Westfront) bestimmt. Er gehört nicht ins Gefängnis, sondern hierher mitten unter uns.“

Schließlich fakten die „grünen Teufel“ eine Resolution, in der sie erklärten, nicht für den Westen kämpfen zu wollen, solange Kesselring, Raeder, Neurath, Doenitz und andere Hauptkriegsverbrecher nicht freigelassen würden. Die Zuhörer drängten sich nahe an Ramde heran, klatschten immer wieder Beifall und brachen bei der Erwähnung der Kriegsverbrecher jedesmal in ein wildes Geheul aus. Die viertausend „Grünen Teufel“ verharrten dann in Achtungstellung und sangen die erste Strophe des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“.

„Veteranen des Afrikakorps“

Iserlohn (Westfalen), 29. Juli. In Iserlohn gründeten die Deutschen, die unter Feldmarschall Rommel in Afrika gekämpft hatten, am Sonntag die „Vereinigung der Veteranen des Afrikakorps“. Als Ziel schwebt der Vereinigung u. a. vor: Festigung und Förderung der Tradition der grundsätzlichen militärischen Tugenden der Tapferkeit, der Kameradschaft und der Zuverlässigkeit.

Deutsche Luftschutzhäume

Bonn, 28. Juli. Vertreter der Westmächte und deutsche Sachverständige hatten eine Unterredung bezüglich der Wiederinstandstellung der alten Luftschutzhäume aus dem zweiten Weltkrieg.

Rücktritt der griechischen Regierung

Athen, 29. Juli.

Die Regierung des liberalen Ministerpräsidenten Benizelos ist zurückgetreten, gemäß dem von Benizelos gegebenen Versprechen, nach Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes zu demissionieren. Dieses neue Wahlgesetz war Donnerstag vom Parlament gebilligt worden. Die Neuwahlen finden voraussichtlich im September statt.

Schließung der Delraffinerien in Abadan

Abadan, 29. Juli.

Wie in Abadan offiziell bekanntgegeben wurde, werden die Raffinerien der Anglo-Iranian Oil Company in Abadan am Dienstag vollständig geschlossen.

Die Verhandlungen gehen weiter

Teheran, 29. Juli. Im persischen Delkonflikt scheinen die seit einigen Tagen in Aussicht gestellten britisch-persischen Verhandlungen zustandzukommen. Der amerikanische Vermittler Harriman weilte über das Wochenende in London. Auf Grund seiner Besprechungen übermittelte er der persischen Regierung Gegenvorschläge der britischen Regierung. Teheran hatte bereits früher zugestimmt, die britische Regierung als Verhandlungspartner anzuerkennen. Auch wäre Teheran bereit, auf Einzelheiten seines Verstaatlichungsgesetzes zurückzukommen.

In Portu sind die den. Ein rungspar Craveiro region v hervorge früheren

Waffen

In Raec verhand Weder am Verhandlungsschritte gering geworden soll. Die Breitengattung den sonst ihre geben und

Auswe

Die Reggen angeblich lenden Erzweisen und nahme wird nac ein „U mehr mit

Damit f der Tito's nelles Ende offensichtlich Tito-Romm Angebot a tyrers unter Land nicht der Machtk Revision de nur verweig neueste T liäster auf stens mit

Chri

Nach ei Nachrichten Außenministeral Tich nach welcher und Drea amerikanische amerikanische Seite unter amerikanische nach der n führung Ge dem, daß lichen Kirche ihre Regierung den Tag g

Schweiz. resse) in dem Vor- en Num- Die Red. ntischen u einer taat im onenten nd dem Feld- nde und id. Vor Konflikt- nischen Interessee ratischen de Pa- ten aus- n Prof. Direktor tor ging liche Fi- jollten, zwischen von der hen un- fentlich tlich ein t Geld-) umfas- ung der st, ver- och mit ie jeden weizeri- müssen inander- hianer", n Beha- hen und aus dem Stellung Staat- Schrift " und n Regie- e es ab- tliche ge- Stellen Der mün- sein wol- ur zum- Das ist welches ch ableh- l. Ihrer en, wes- che Spie- in ihrem hl kaum ablehnen ten, das stalt der 36 tun." Sie im Diktatur. en. Das nicht als man sich springen hin fest- auf diese für jeden verlangt freiheit- on einer demokrati- will. Mit a mahren kirche zu en Gang heit und Existenz- ers deut- ie politi- Seite 37 effis ver- nene des

geföhrte Demokratie ohne die Existenz verschiedener politischer Parteien überhaupt nicht bestehen kann? Was soll nach Ihrer Meinung an die Stelle der Parteien treten: Ein parteienstaat? — Dann wären wir wieder bei Ihrer Auffassung angelangt, daß auch die Diktatur einen „rechten“ Staat darstellen könne — oder ein Nein parteienstaat — wie denken Sie sich in diesem Falle die Lösung der Aufgabe, welche heute die politischen Parteien in der politischen Aufklärung der Bürgerschaft, in der Stellungnahme zu Wahlen und Abstimmungen erfüllen? Die politischen Parteien sind an und für sich als Institutionen weder fragwürdige noch krankhafte Erscheinungen des politischen Lebens, sondern sie sind die notwendigen Instrumente der Meinungsbildung, Meinungsäußerung und Willensbildung in jeder Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient. Es gibt auch in dieser Beziehung nun eben kein „vielleicht, vielleicht auch nicht“ oder „sowohl — als auch“, sondern es gibt nur ein klares Entweder—Oder: wer Ja sagt zur freiheitlichen, demokratischen Staatsform, muß auch ja sagen zum Bestehen verschiedener politischer Parteien und kann sie jedenfalls nicht als fragwürdige oder gar krankhafte Erscheinungen unseres politischen Lebens betrachten; wer die Existenzberechtigung der politischen Parteien verneint, sagt damit auch Nein zur Staatsform der Demokratie. Daß heute mit führenden Vertretern der Kirche über derart elementare staatspolitische Grunderkenntnisse überhaupt Auseinandersetzungen stattfinden müssen, ist jedenfalls ein weiteres untrügliches Anzeichen für die kaum mehr zu verantwortende „Distanz“, mit welcher Ihnen nahestehende kirchliche Kreise fundamentalen Existenzbedingungen unseres Volksstaates gegenüberstehen.

Es war unter solchen Umständen doch wirklich nicht übertrieben, wenn der letzte Verwaltungsbericht der Kirchendirektion andeutete, „daß in gewissen kirchlichen Kreisen wenig Interesse an unserer demokratischen Staatsform besteht“. Ich lasse die Frage offen, ob und in welchem Maße dieses Desinteresse mit einem Grundzug Ihrer Theologie zusammenhängt, die, wenn ich sie richtig verstehe, dem Menschen im Prinzip überhaupt nichts Rechtes zutraut, sondern ihn als verworfen, grundverdorben und verloren betrachtet. Es darf und muß einmal von einem Vertreter eines demokratischen Staates aus gesagt werden: mit Menschen, die sich jeden Tag von neuem ihre absolute Minderwertigkeit und Nichtswürdigkeit, ihre abgrundtiefe Verdorbenheit und hoffnungslose Verlorenheit bescheinigen lassen, baut und führt man keine Demokratie; die freiheitliche Staatsform ist darauf angewiesen, an gute Kräfte im Menschen zu appellieren: mit der prinzipiellen Geringschätzung des Menschen, mit der Regierung seines guten Willens schafft man „Menschenmaterial“ für die Diktatur und keine Träger einer Demokratie.

Was verspricht man sich eigentlich für die praktischen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche von Zweideutigkeiten in der Einstellung zur demokratischen Staatsform? Müßte es gerade vom kirchlichen Standpunkt aus nicht ungleich näher liegen, die demokratische Staatsform als Institution bewußt und positiv zu bejahen in der Erkenntnis der Tatsache, daß nun einmal keine andere Staatsform der Kirche die gleichen Möglichkeiten gewährt, auch gegenüber dem Staat und seinen Behörden überhaupt zum Wort zu kommen und gehört zu werden? Sie selbst verweisen ja auf Seite 36 Ihrer Schrift auf die „Affinität zwischen Christengemeinde und der Bürgergemeinde der freien Völker“. Es besteht ja doch wohl nicht nur eine „Affinität“, sondern ein tatsächlicher, und zwar sehr bedeutungsvoller Zusammenhang zwischen einer Staatsform, die den einzelnen Bürger immer wieder unter seiner Verantwortung zur Entscheidung aufruft und einer religiösen Auffassung, die, wie Sie selbst auf Seite 28 Ihrer Schrift hervorheben, ihrerseits den Menschen vor seine Verantwortung stellt.“

Nach diesen Ausführungen zog Barth seinen Vorschlag einer persönlichen Aussprache zurück, ohne überhaupt noch auf die Argumente Feldmanns einzugehen, worauf dieser seinerseits das Scheitern des Meinungs austausches feststellte und daran die nachstehenden Schlußfolgerungen knüpfte: „Einmal mehr, und zwar besonders deutlich beweist dieser Briefwechsel in seinen Ursachen, seinem Verlauf und seinen Ergebnissen, daß die Form, in welcher eine Evangelisch-reformierte Landeskirche sich innerhalb eines wirklichen freien Volksstaates wirksam Gehör verschaffen kann, erst noch gefunden werden muß. Will die Kirche im politischen Leben ernst genommen werden, wird auch sie dem Grundsatz „audiatur et altera pars“ („Laß auch den andern

Seite 10 noch einmal in den Jahren 1950, vor dem Großen Rat oder in einer weiteren Öffentlichkeit über staatspolitische Unklarheit und richtungspolitische Machtansprüche innerhalb der Evangelisch-reformierten Landeskirche zu sprechen, so müßte ich nach allem, was heute vorliegt, noch um ein ganz erhebliches Stück deutlicher reden, als ich es am 13. September 1950 getan habe.“

„Die grünen Teufel“

Braunschweig, 29. Juli.

In einem Bierrestaurant in Braunschweig versammelten sich am Sonntag rund 4000 ehemalige Angehörige des einst von General Ramde befehligten deutschen Fallschirmjägerkorps. Der einstige Chef erschien in einer Akazi-Uniform, von der allerdings die Ordonnanzknöpfe entfernt waren. Seine — wie sie sich selbst nennen — „grünen Teufel“ bereiteten ihm einen begeisterten Empfang und trugen ihn auf den Schultern durch das Bierlokal. Überall waren Photographen und Gemälde, die „Einsätze“ der Fallschirmjäger zeigten, sowie die Insignien des Korps angebracht. Hauptredner der Veranstaltung war der in Frankreich wegen Kriegsverbrechen verurteilte, später aber freigelassene General Ramde. Auf einen neben ihm leer stehenden Stuhl legte er einen Kranz nieder, wozu er erklärte: „Dieser Stuhl hier ist für Albert Kesselring (deutscher Oberbefehlshaber in Italien und später an der Westfront) bestimmt. Er gehört nicht ins Gefängnis, sondern hierher mitten unter uns.“ Schließlich faßten die „grünen Teufel“ eine Resolution, in der sie erklärten, nicht für den Westen kämpfen zu wollen, solange Kesselring, Raeder, Neurath, Doenitz und andere Hauptkriegsverbrecher nicht freigelassen würden. Die Zuhörer drängten sich nahe an Ramde heran, Klatschen immer wieder Beifall und brachen bei der Erwähnung der Kriegsverbrecher jedesmal in ein wildes Geheul aus. Die viertausend „grünen Teufel“ verharrten dann in Achtungstellung und sangen die erste Strophe des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“.

„Veteranen des Afrikakorps“

Iserlohn (Westfalen), 29. Juli. In Iserlohn gründeten die Deutschen, die unter Feldmarschall Rommel in Afrika gekämpft hatten, am Sonntag die „Vereinigung der Veteranen des Afrikakorps“. Als Ziel schwebt der Vereinigung u. a. vor: Festigung und Förderung der Tradition der grundsätzlichen militärischen Tugenden der Tapferkeit, der Kameradschaft und der Zuverlässigkeit.

Deutsche Luftschuträume

Bonn, 28. Juli. Vertreter der Westmächte und deutsche Sachverständige hatten eine Unterredung bezüglich der Wiederinstandstellung der alten Luftschuträume aus dem zweiten Weltkrieg.

Rücktritt der griechischen Regierung

Athen, 29. Juli.

Die Regierung des liberalen Ministerpräsidenten Benizelos ist zurückgetreten, gemäß dem von Benizelos gegebenen Versprechen, nach Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes zu demissionieren. Dieses neue Wahlgesetz war Donnerstag vom Parlament gebilligt worden. Die Neuwahlen finden voraussichtlich im September statt.

Schließung der Delraffinerien in Abadan

Abadan, 29. Juli.

Wie in Abadan offiziell bekanntgegeben wurde, werden die Raffinerien der Anglo-Iranian Oil Company in Abadan am Dienstag vollständig geschlossen.

Die Verhandlungen gehen weiter

Teheran, 29. Juli. Im persischen Deltkonflikt scheinen die seit einigen Tagen in Aussicht gestellten britisch-persischen Verhandlungen zu standezukommen. Der amerikanische Vermittler Harriman weilte über das Wochenende in London. Auf Grund seiner Besprechungen übermittelte er der persischen Regierung Gegenvorschläge der britischen Regierung. Teheran hatte bereits früher zugestimmt, die britische Regierung als Verhandlungspartner anzuerkennen. Auch wäre Teheran bereit, auf Einzelheiten seines Verstaatlichungsgesetzes zurückzukommen.



Portugals neuer Staatspräsident

In Portugal und seinen überseeischen Besitzungen sind die Präsidentschaftswahlen durchgeführt worden. Einziger Kandidat war der von der Regierungspartei nominierte, General Francisco Ilgino Craveiro Lopez, Kommandant der dritten Militärregion von Tomar. Der bis jetzt politisch nicht hervorgetretene General Lopez ist der Sohn eines früheren Generalgouverneurs von Portugiesisch-Indien.

Uneinigkeit über die Waffenstillstandsgrenze in Korea

Tokio, 29. Juli

In Raesong sind die Waffenstillstandsverhandlungen wieder festgefahren. Weder am Samstag noch nach den fünfstündigen Verhandlungen vom Sonntag konnten Fortschritte gemeldet werden. Man ist sich nicht einig geworden, wo die neutrale Zone verlaufen soll. Die Kommunisten wollen sie längs des 38. Breitengrades haben, während die UNO-Delegation den heutigen Frontverlauf vorschlägt, da sonst ihre Truppen die guten Stellungen aufzugeben und weiter zurückzugehen hätten.

Ausweisung Erzbischof Stepinacs

Belgrad, 29. Juli.

Die Regierung Tito hat beschlossen, den wegen angeblichem Landesverrat im Gefängnis weilenden Erzbischof Stepinac des Landes zu verweisen und an die Grenze zu stellen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß Msgr. Stepinac ein „Unterthan des Vatikans“ sei und nichts mehr mit Jugoslawien zu tun habe.

Damit findet eine Tragödie im Kirchenkampf der Tito-Kommunisten ein unerwartet-sensationelles Ende. Nachdem der Vatikan auf ein — offensichtlich im Zeichen der Annäherung des Tito-Kommunismus an den Westen erfolgtes — Angebot auf Freilassung des kroatischen Märtyrers unter der Bedingung der Ausreise aus dem Land nicht eingetreten war, verfügen die Belgrader Machthaber diese Lösung nun einseitig. Eine Revision des ungerechten Urteils wird damit nicht nur verweigert, sondern unmöglich gemacht. Diese neueste Tito-Farce wirft bezeichnende Schlaglichter auf den Wert einer Verbindung des Westens mit den Belgrader Bolschewisten!

Ein Schlag gegen die christliche Mission in China

Paris, 28. Juli

Nach einer Meldung der neuen chinesischen Nachrichtenagentur hat der Ministerpräsident und Außenminister des kommunistischen Chinas, General Tschu En Lai, eine Verfügung erlassen, nach welcher alle chinesischen christlichen Kirchen und Organisationen alle Beziehungen zu den amerikanischen Missionen und zu allen nicht-amerikanischen Missionen, die von amerikanischer Seite unterstützt werden, abbrechen müssen. Die amerikanischen Missionen müssen ihre Tätigkeit nach der neuen Verordnung einstellen. Die Verfügung General Tschu En Lais bestimmt außerdem, daß alle Amerikaner, die in den christlichen Kirchen und Organisationen arbeiten, welche ihre Opposition gegen die chinesische Volksregierung entweder durch Taten oder Worte an den Tag gelegt haben, abberufen werden müssen.